

TAG DER MENSCHENRECHTE

Arbour sieht Folterverbot im Kampf gegen Terror bedroht



NEW YORK – Die UN-Menschenrechtsbeauftragte Louise Arbour (Bild) hat davor gewarnt, dass das weltweite Folterverbot im Kampf gegen Terror auf der Strecke bleiben könnte. Anlässlich des Tags der Menschenrechte am kommenden Samstag sagte Arbour am Mittwoch in einer Pressekonferenz in New York, das absolute Folterverbot, ein Eckstein des internationalen Menschenrechtsgebäudes, werde immer mehr ein Opfer des so genannten «Krieges gegen den Terror».

Die Hochkommissarin für Menschenrechte verwies dabei auf die jüngsten Berichte über angebliche Geheimgefängnisse der USA im Ausland, in denen Terrorverdächtige festgehalten würden. Arbour verlangte Aufklärung über die Berichte. Der amerikanische UN-Botschafter John Bolton wies die Äusserungen Arbours als unangemessen zurück. Sie beruhten lediglich auf dem, was Arbour in den Zeitungen gelesen habe. Es wäre richtiger gewesen, wenn Arbour den Tag der Menschenrechte zum Anlass genommen hätte, über die wirklichen Menschenrechtsprobleme in der Welt zu sprechen. (AP)

Annan nimmt Louise Arbour gegen US-Kritik in Schutz



NEW YORK – UN-Generalsekretär Kofi Annan hat am Donnerstag die Menschenrechtsbeauftragte Louise Arbour gegen Kritik der USA in Schutz genommen. Arbour hatte am Mittwoch davor gewarnt, dass im Kampf gegen den Terror das weltweite Folterverbot auf der Strecke bleiben könnte. Die Hochkommissarin für Menschenrechte verwies dabei auf die jüngsten Berichte über angebliche Geheimgefängnisse der USA im Ausland, in denen Terrorverdächtige festgehalten würden. Arbour verlangte Aufklärung über die Berichte. Der amerikanische UN-Botschafter John Bolton hatte die Bemerkungen Arbours als unangemessen zurückgewiesen und ihr das Recht abgesprochen, sich zum Vorgehen der USA im Kampf gegen den Terror zu äussern. UN-Sprecher Stephane Dujarric erklärte dazu, Annan stehe absolut hinter der Hochkommissarin für Menschenrechte. Arbour habe ein Mandat vom Sicherheitsrat, sich zu den Menschenrechten auf globaler Ebene zu äussern. Annan wolle sobald wie möglich mit Bolton über diese Sache reden, sagte Dujarric. Annan bekräftigte Arbours Äusserung, wonach Folter niemals als Mittel im Kampf gegen den Terrorismus angewandt werden dürfe. (AP)



Repression in Tibet

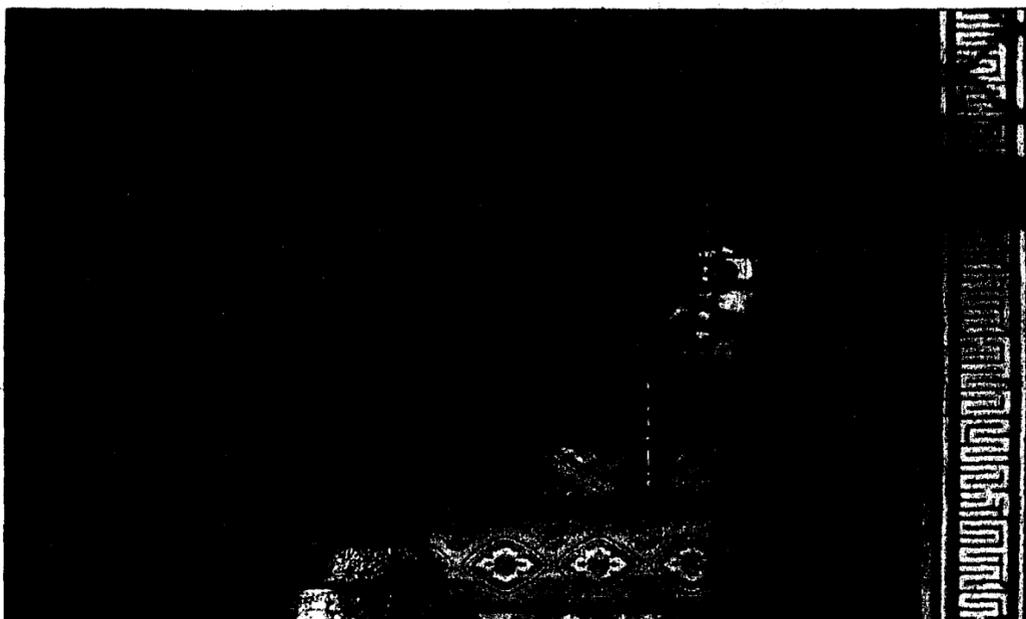
Die «Tibet-Unterstützung Liechtenstein» zum heutigen Tag der Menschenrechte

SCHAAN – Artikel 5 der allgemeinen Menschenrechtserklärung: «Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden.»

UNO-Menschenrechtsbeauftragter Manfred Novak nach seinem Besuch in der VR China und in Tibet: «Ich plädiere für die völlige Abschaffung der Umerziehung durch Arbeit. Ich meine nicht nur die Lager, sondern das gesamte Verfahren. Es zielt darauf ab, die Persönlichkeit zu verändern, den Willen der Inhaftierten zu brechen. Für mich ist das Konzept, mit massivem moralischem Druck und Gehirnwäsche auf abweichendes Verhalten zu reagieren, mit einem modernen Staat unvereinbar.» (Quelle: «Die Welt», 3. Dez. 05)

Erneut «patriotische Erziehung» in tibetischen Klöstern

Seit der ersten Oktoberwoche 2005 führen «Arbeitskader» die patriotische Umerziehung im Kloster Drepung, nahe Lhasa durch. Im Verlauf der Kampagne wurde den Mönchen am 23. November befohlen, ein Dokument zu unterzeichnen, in dem sie den Dalai Lama als «Separatisten» denunzierten und Tibet als Teil von China anerkennen und damit der chinesischen Regierung gegenüber Loyalität geloben sollten. Die Mönche gaben zu verstehen, dass sie mit dieser Anordnung nicht einverstanden seien, und weigerten sich, das Dokument zu unterschreiben. Fünf Mönche leisteten besonders heftigen Widerstand gegen das Dokument und die Kader. Sie wurden auf der Stelle des Klosters verwiesen und den Haftzentren des «Public Security Bureau» in ihren jeweiligen Herkunftsorten übergeben. Auf die Festnahmen am 25. November hin führten über 400 Mönche in dem vorderen Hof des Klosters Drepung einen friedlichen Solidaritätsprotest durch, indem sie einfach schweigend dasassen. Sie weigerten sich den Anweisungen der Behörden Folge zu leisten und



Ein tibetischer Mönch im buddhistischen Kloster Tongren im Nordwesten der chinesischen Provinz Qinghai.

den Dalai Lama zu beschimpfen und Tibet als einen Teil Chinas zu akzeptieren. Sie verlangten auch die Freilassung der fünf festgenommenen Mönche, oder falls dies nicht geschehe, dass man sie ebenfalls des Klosters verweise. Die Regierung der TAR, die eine Ausweitung des Protests befürchtete, gab Befehl, gewaltsam gegen die Mönche vorzugehen.

Ein riesiges Kontingent von Soldaten, bewaffneten Volkspolizisten und Kräfte des «Public Security Bureau» traf im Kloster ein und schlug den Protest nieder. Dabei wurden die widerstrebenden Mönche schwer geschlagen. Der friedliche Protest fand ein schnelles Ende, und die Mönche wurden in ihre Unterkünfte zurückgetrieben.

Nach dieser Razzia wurden dem Kloster schwere Einschränkungen auferlegt – seit dem 25. November darf niemand mehr das Gelände betreten noch verlassen. Die Sicherheitskräfte bewachen nun das Kloster und die Aktivitäten der Mönche rund um die Uhr genauestens. Ausser der Festnahme der fünf Mönche befürchtet das «Tibetische Zentrum für Menschenrechte und Demokratie» in Dharamsala, dass

es während des gewaltsamen Einschreitens der Behörden und danach noch viele weitere Festnahmen gegeben haben könnte.

Die Kampagne «patriotische Erziehung», die zuerst 1996 gestartet wurde, ist eine der Hauptursachen für die religiöse Unterdrückung in Tibet. Die Kampagne hat verheerende Auswirkungen auf das Leben der Geistlichen und der Mönchsgemeinschaft. Sie wird als Werkzeug zur Erreichung politischer Stabilität benutzt und zur Ausübung einer verschärften Kontrolle über das, was die Behörden die «Brutstätte von Dissens» nennen, womit sie die monastischen Institutionen meinen. Diese Kampagne, die unter Anwendung von Zwang durchgeführt wird und den Zweck verfolgt, den Mönchen und Nonnen Loyalität zum Staat einzutrichtern, verstösst gegen zahlreiche internationale Menschenrechtsbestimmungen über Religion.

Die monastischen Gemeinschaften befinden sich in einer äusserst schwierigen Position und in einem wirklichen Dilemma: Entweder leisten sie der Partei Folge, wobei sie sich der religiösen Blasphemie schuldig machen, oder sie kehren

sich heimlich oder gezwungenermassen vom monastischen Leben ab. Die Exekutiv-Kommission des US-Kongresses zu China kommt in ihrem Jahresbericht 2005, der am 11. Oktober veröffentlicht wurde, zum Schluss, dass «im vergangenen Jahr keine Verbesserung bei den Menschenrechten eingetreten ist, die Einschränkungen für Bürger, die staatlich kontrollierte Andachtsstätten aufsuchen oder für staatlich-kontrollierte Medien schreiben, jedoch schärfer geworden sind. Das religiöse Umfeld für tibetische Buddhisten hat sich nicht verbessert. Die Partei verlangt, dass tibetische Buddhisten sich China gegenüber patriotisch zeigen und sich vom spirituellen Oberhaupt ihrer Religion, dem Dalai Lama, abkehren.»

Trotz heftiger Kritik seitens der internationalen Gemeinschaft wird die Kampagne «patriotische Erziehung» und damit die religiöse Unterdrückung in Tibet unvermindert fortgesetzt.

(Quellen: Tibetisches Zentrum für Menschenrechte und Demokratie, Dharamsala, Amnesty International, Gesellschaft für bedrohte Völker, TIN). (PD)

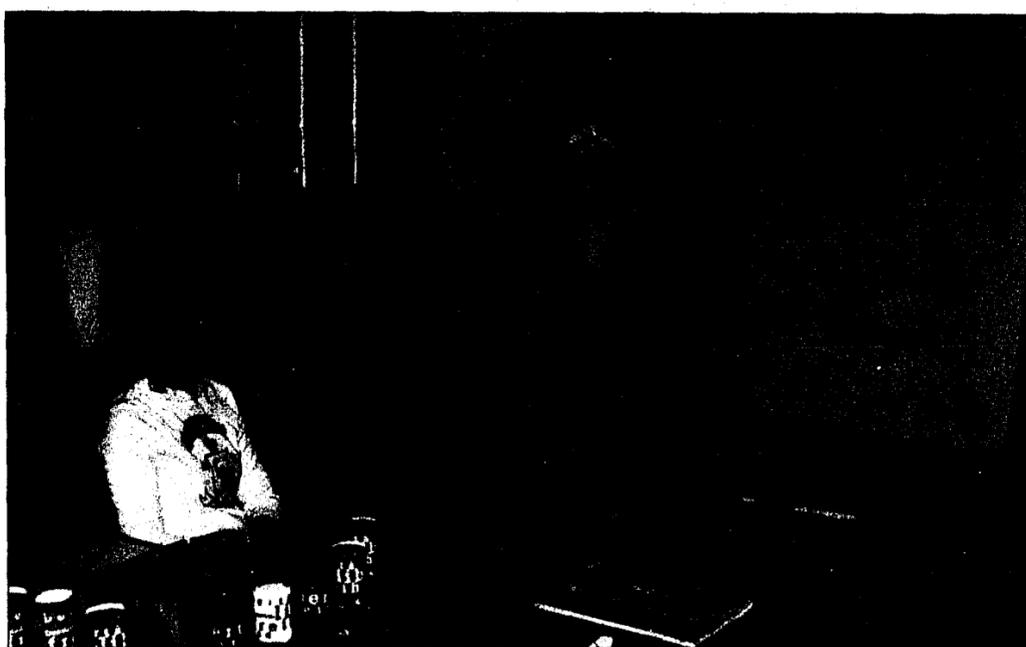
Gegen Verletzungen der Menschenrechte

Internationaler Tag der Menschenrechte am Liechtensteinischen Gymnasium

VADUZ – Mit dem Licht einer Kerze von Amnesty International und einem Text als Ermutigung zur Menschlichkeit begann der Unterricht gestern am Liechtensteinischen Gymnasium. Das Rektorat wies auf die Bedeutung des Internationalen «Tags der Menschenrechte» hin.

Auf Einladung der Fachschaft «Religion und Kultur» informierte die Regionalgruppe von Amnesty International (AI) über ihr Engagement und die weltweite Bewegung für die Menschenrechte. Schülerinnen und Schüler verkauften in der Pause Kuchen zugunsten von AI.

Das Interesse der jungen Menschen an den Informationen über Möglichkeiten zur Unterstützung dieser internationalen Organisation war gross. Es ist für die Schulgemeinschaft LG ein grosses Anliegen, gegen die weltweite Zunahme von massiven Verletzungen der Menschenrechte zu protestieren. Mit «Briefen gegen das Vergessen» können auch Schülerinnen und Schüler einen kleinen Beitrag zur Verbesserung der Situation von Ge-



Die Regionalgruppe von Amnesty International (AI) informierte über ihr Engagement und die weltweite Bewegung für die Menschenrechte.

wissensgefangenen und anderen Opfern von Menschenrechtsverletzungen leisten. Die «Good News»

von Amnesty International über Erfolge von Appellen zu Gunsten von Menschen in Not wirken motivierend für Aktionen gegen Folter und Gewalt und für die Einhaltung der Menschenrechte. (PD)